

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Aufbau Ost - Schulen im ländlichen Raum sichern - gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass kleine Schulen im ländlichen Raum in ihrem Bestand gefährdet sind, wenn die derzeitigen schulgesetzlichen Regelungen nicht angepasst werden, um auch künftig die derzeitig bestehende Schullandschaft im allgemeinbildenden und beruflichen Bereich zu erhalten.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
  1. zum Erhalt aller Schulstandorte im allgemeinbildenden Bereich, insbesondere im ländlichen Raum, die Schülermindestzahlen für Eingangsklassen an Einzelstandorten zu senken und einen Klassenteiler von 26 einzuführen.
  2. die bestehenden Außenstellen der beruflichen Schulen wieder zu eigenständigen Berufsschulen mit bedarfsgerechten Ausbildungsgängen zu entwickeln.
  3. Regelungen zu schaffen, dass Fahrtkosten vom Land übernommen werden, wenn sie bei der Ausübung des Vorbereitungsdienstes oder von Praktika im Rahmen der Lehramtsausbildung außerhalb der Hochschulstandorte anfallen.
  4. eine kostenfreie Beförderung der Schülerinnen und Schüler sowie der Auszubildenden zu gewährleisten.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Es ist der politische Wille der demokratischen Fraktionen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, mindestens die derzeitige Schullandschaft zu erhalten. Nur so kann das Land weiterhin ein attraktiver Lebensort für Familien und ein Standort für Unternehmen sein.

Junge Familien werden nur im Land bleiben oder ins Land kommen, wenn die Rahmenbedingungen, unter anderem das Vorhandensein und die Erreichbarkeit von Schulen, gewährleistet sind.

Deshalb ist es erforderlich, die gesetzlichen Regelungen so zu gestalten, dass diese Bedarfe und Standortfaktoren tatsächlich erfüllt werden.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist der Bedarf an Fachkräften derzeit und zukünftig sehr groß. Deshalb ist es notwendig, dass das System der beruflichen Bildung diesen gravierend veränderten Bedingungen angepasst wird und die Außenstellen der beruflichen Schulen wieder zu selbstständigen Standorten entwickelt werden. Die Berufsschullandschaft muss gestärkt werden, um auch die Fachkräftesicherung, u. a. im Handwerk, mit einer wohnortnahen Ausbildung gewährleisten zu können. Dazu gehört auch, dass weder die Jugendlichen noch die Eltern mit Fahrtkosten zur Berufsschule oder zum Ausbildungsstandort belastet werden.